

Ein Informationsdienst der
BGK – Bundesgütegemeinschaft
Kompost e. V.



Bodenschutz in Europa

Der Entwurf der EU Bodenschutzrahmenrichtlinie stößt in Deutschland auf scharfe Kritik.

Seite 3

Abfallrahmenrichtlinie im EU Umweltausschuss

Am 28.11.2006 hat der Umweltausschuss über den Kommissionsvorschlag abgestimmt, der jetzt im EU Parlament beraten wird. Ein klares Votum für eine Bioabfallrichtlinie konnte nicht erzielt werden.

Seite 4

REACH tritt in Kraft

Die EU Chemikalienverordnung wurde beschlossen. Auf Unterstützung bei der Umsetzung ist zu hoffen.

Seite 5

EU Ratspräsidentschaft 2007

Deutschland setzt auf Umwelt und Innovation

Am 1. Januar 2007 hat Deutschland für ein halbes Jahr den Vorsitz des Rates der Europäischen Union (EU) übernommen. In den sechs Monaten des Vorsitzes hat Deutschland die Möglichkeit, eigene Akzente zu setzen. "Die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft ist zugleich eine Herausforderung und eine Chance. Eine innovationsorientierte Umweltpolitik bringt eine doppelte Dividende für Umwelt und Wirtschaft, bringt neue Märkte, neue Produkte und neue Beschäftigung. Deshalb steht unsere Präsidentschaft im Umweltbereich unter dem Motto: Umwelt - Innovation - Beschäftigung", so Bundesumweltminister Sigmar Gabriel.

Das BMU hat die Themen Klimaschutz und Energie, umweltverträgliche Mobilität sowie biologische Vielfalt und Ressourcenschutz zu Schwerpunkten seiner Ratspräsidentschaft gemacht. Für eine zukunftsfeste und klimafreundliche Energiepolitik spielen die Verbesserung der Energieeffizienz und der Ausbau der erneuerbaren Energien



eine große Rolle. In einem "Aktionsplan Energie", der dem Europäischen Rat im März 2007 zur Verabschiedung vorliegt, werden hierfür die Weichen gestellt.

Abfall ist Rohstoff

In der Ratspräsidentschaft drängt Deutschland auf einen erfolgreichen Abschluss der Beratungen zur Novelle der Abfallrahmenrichtlinie (s. S. 4). Die europäische Abfallgesetzgebung muss verstärkt in Richtung Umwelt- und Ressourcenschutz weiterentwickelt werden. Der drohenden Ressourcenknappheit und Umweltbelastung lässt sich durch innovative Entsorgungstechniken und eine funktionierende Kreislaufwirtschaft begegnen. Deutschland wird weiterhin gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten eine europäische Bioabfallrichtlinie forcieren, mit der rund 35 Prozent der Siedlungsabfälle in Europa zu Humus und Dünger werden können, statt deponiert und verbrannt zu werden.

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

Verstärkter Einsatz von Biokraftstoffen

Um den begrenzten Erdölreserven entgegenzuwirken wird Deutschland die Ratspräsidentschaft nutzen, den Einsatz von Biokraftstoffen deutlich zu erhöhen. Die erlaubten fünf Volumen-Prozent an Beimischung nach der EU-Biokraftstoffrichtlinie reichen nicht aus den geforderten Anteil von 5,75 Prozent am Energieanteil bis 2010 zu erreichen. Deswegen fordert Deutschland eine Beimischung von 10 Volumen-Prozent an Biokraftstoffen aus nachwachsenden Rohstoffen. Die Produktion von Biokraftstoffen, so laut Bundesumweltminister Gabriel, darf nicht zu Lasten anderer Umweltbereiche gehen, wie etwa durch die Zerstörung von Regenwäldern oder durch den Anbau in großflächigen Monokulturen. Deshalb setzt sich Deutschland für den Aufbau eines Zertifizierungssystem für den Anbau von Biomasse ein. (SI)



Quelle: Peter Diehl, Infochart GbR

Wie kommt ein EU Gesetz zustande?

Das BMU hat eine 20-seitige Broschüre mit dem Titel "Umwelt - Innovation - Beschäftigung. Schwerpunkte der EU-Ratspräsidentschaft" herausgegeben. Sie enthält neben den thematischen Schwerpunkten der deutschen Ratspräsidentschaft auch Informationen über die Arbeiten und Funktionsweise der Europäischen Union, wie z. B. die Entstehung von EU-Richtlinien oder auch welche Gestaltungsräume die Ratspräsidentschaft mit sich bringt. Die Broschüre kann beim BMU, Postfach 30 03 61, 53183 Bonn, per Fax: 01888/305-3356 oder per e-Mail: bmu@broschuerenversand.de (Bestellnummer 2801) kostenlos bestellt werden oder unter www.bmu.de als PDF-Datei heruntergeladen werden. Weitere Informationen finden Sie unter www.bmu.de/europa und www.eu2007.de. (SI)

Novelle AbfKlärV
Unterlagen zur Klärschlamm-Expertentagung
im BMU vom Dezember 2006 verfügbar

Zum Auftakt des anstehenden Novellierungsverfahrens der Abfallklärschlammverordnung hat das Bundesumweltministerium am 6. und 7. Dezember 2006 in Bonn eine Fachveranstaltung mit rund 200 Experten durchgeführt, um im konstruktiven Dialog mit Ländern, Kommunen, Verbänden und der Wissenschaft den Weg für einen konsensfähigen Vorschlag auszuloten (siehe Beitrag in Ausgabe 06/06).

Die Unterlagen zu den Vorträgen der Referenten sowie die vorgetragenen Stellungnahmen der verschiedenen Institutionen und Interessenvertreter sind auf den Internetseiten des BMU (Link zu <http://www.bmu.de/abfallwirtschaft/aktuell/doc/38103.php>) ab sofort verfügbar. (KI)



EU Bodenschutzrahmenrichtlinie

Kommissionsvorschlag wird scharf kritisiert

Auf scharfe Kritik stößt der Vorschlag der EU Kommission für eine EU-Rahmenrichtlinie zum Bodenschutz. Neben den Industrieverbänden, wie Bund Deutscher Industrie (BDI), Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) hat sich auch der Bundesrat gegen den Vorschlag der EU-Kommission ausgesprochen.

Die Hauptkritik richtet sich an die von der Richtlinie ausgehende Überregulierung, die dem Ziel der besseren Rechtsetzung auf Europäischer Ebene widerspreche. Der Bundesrat forderte, dass bereits bestehende, bewährte nationale und regionale Bodenschutzkonzeptionen durch eine EU - Richtlinie nicht in Frage gestellt werden. Aufgrund der geforderten Berichts- und Kartierungspflichten sieht der Bundesrat erhebliche Verwaltungskosten auf sich zukommen, die nicht zu einem besseren Bodenschutz führen würden.

Die Agrarminister lehnen die EU Bodenschutzstrategie ab

Auch die Agrarminister hatten bereits im September die EU Bodenschutzrahmenrichtlinie abgelehnt. „Die Agrarministerin, -minister und Senatoren der Länder sind der Auffassung, dass zum Bodenschutz kein weiterer Bedarf an europaweiten Regelungen, auch nicht für eine Bodenschutzstrategie, besteht. Der Schutz des Bodens ist, insbesondere soweit er land- oder forstwirtschaftlich genutzt wird, Inhalt und Schutzgegenstand vielfältiger fachrechtlicher Vorgaben auf nationaler wie auf EU-Ebene. (...) Deregulierungsbestrebungen würden im Falle der Verwirklichung der Kommissionsvorhaben grundlegend konterkariert“, so der Beschluss der Agrarministerkonferenz vom 29. September 2006. Die Agrarminister baten die Bundesregierung sich gegen neue europäische Regelungen im Bodenschutz einzusetzen.

Entwurf der Bodenschutzrahmenrichtlinie zu unkonkret

Unsere Kritik an dem vorliegenden Kommissionsvorschlag richtet sich im Wesentlichen auf den sehr oberflächlich und fachlich nicht fundierten Entwurf, der weit hinter den vorangegangenen Arbeiten der Kommission ansteht. Die Bundesgütegemeinschaft war über das European Compost Network (ECN) aktiv in diesen Arbeiten

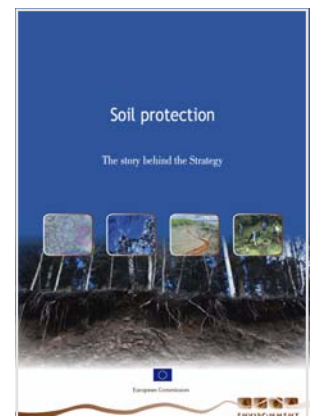
involviert, da im Rahmen der Bodenschutzstrategie auch die Anforderungen an die Behandlung und Anwendung von Bioabfällen bzw. Komposten konkretisiert werden sollten. Die Entwicklung der letzten zwei Jahre haben jedoch gezeigt, dass das Interesse der EU Kommission in diesem Bereich sich grundlegend geändert hat. Mit einer europaweiten Regelung für Bioabfälle ist von Seiten der Kommission vorläufig nicht zu rechnen.

Eine Rahmenrichtlinie ist wünschenswert

Das generelle Bestreben, einen allgemeinen Ordnungsrahmen für den Bodenschutz auf europäischer Ebene zu schaffen, wird von Seiten der Bundesgütegemeinschaft Kompost begrüßt. Jedoch fehlen in dem Kommissionsvorschlag konkrete Hinweise wie die Bewertung, der für die Böden bestehenden Gefahren, zu erfolgen hat. Die Benennung der für die Böden relevanten Gefahren halten wir vor dem Hintergrund der zunehmenden Ressourcenknappheit als auch hinsichtlich der Klimawandels für erforderlich und sehen sie als ernst zunehmende Probleme. Wünschenswert wäre, wenn die Kommission auf die fachlich fundierten und auch mit konkreten Inhalten ausgearbeiteten Arbeitsberichte zurückgreifen würde.

Konkrete Arbeitsberichte liegen vor

Alle Berichte, die im Rahmen der europäischen Bodenschutzstrategie ausgearbeitet wurden, stehen auf den Internetseiten der Generaldirektion Umwelt der EU Kommission unter http://ec/ environment.eu/soil/index_en.htm zum Download zur Verfügung. Über den weiteren Verlauf hinsichtlich der Beratungen des Kommissionsentwurfs zur Bodenschutzrahmenrichtlinie werden wir weiterhin berichten. (SI)





EU Abfallrahmenrichtlinie

EU Umweltausschuss verabschiedet Entwurf

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat am 28. November 2006 den EU Kommissionsvorschlag mit 140 Änderungsanträgen für die Novellierung der EU-Abfallrichtlinie verabschiedet. Die Abstimmung im Plenum des EU Parlaments ist für Februar 2007 geplant.

Ein wesentlicher Aspekt des Kompromissvorschlags ist die Annahme einer fünfstufigen Abfallhierarchie. Die absteigende Rangfolge der Verwertungsverfahren reicht von Vermeidung und Verminderung, über Wiederverwertung, Recycling und andere Verwertungsverfahren bis hin zur umweltgerechten Beseitigung. Abweichungen von dieser „allgemeinen Regel“ sind möglich, wenn Ökobilanzen und Kosten-Nutzen-Analysen dafür sprechen.

Abgrenzung von Verwertung und Beseitigung

Nach dem Beschluss des Umweltausschusses können Verbrennungsanlagen zukünftig unter bestimmten Umständen als Verwertungsanlagen eingestuft werden. Dabei kam der Änderungsantrag des niederländischen Abgeordneten Johannes Blokland zum Tragen, in dem die Mindestkriterien für die Energieeffizienz von Verwertungsanlagen gegenüber dem Kommissionsvorschlag abgesenkt sind und längere Fristen gewährleistet werden. Dadurch wird die „energetische Verwertung“ der stofflichen Verwertung quasi gleichgesetzt, was sicher nicht mit einer nachhaltigen Umwelt- und Ressourcenschutzpolitik vereinbar ist. Es bleibt zu hoffen, dass bei den weiteren Beratungen im Europäischen Parlament sich die Befürworter einer hochwertigen und Ressourcen schonenden Verwertung von Abfällen durchsetzen. Karl-Heinz Florenz, der Vorsitzende des Umweltausschusses, wird sich im Plenum weiterhin verstärkt für den Ressourcenschutz und die Förderung der Kreislaufwirtschaft einsetzen. Er fordert die Abgrenzung von Verwertung und Beseitigung nicht nur anhand eines Energieeffizienzwertes zu beurteilen, sondern die Anerkennung als Verwertungsanlage auch an Umweltkriterien zu binden.

Kein Votum für eine EU-Bioabfallrichtlinie

Auch die Abstimmungsergebnisse zur Deponierung und zu Bioabfällen zeigten deutlich, dass eine nachhaltige Nutzung von Ressourcen noch nicht ins Bewusstsein aller Abgeordneten vorgebracht

ist. Ein europaweites Deponieverbot würde zu einer Einsparung von 110 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten führen und damit nicht unerheblich zum Klimaschutz beitragen. Das Votum für eine EU-Bioabfallrichtlinie wurde zwar nur knapp verfehlt, ist aber hinsichtlich der Anstrengungen, die insbesondere vom deutschen Umweltministerium und einigen anderen Mitgliedstaaten im vergangenen Jahr für die Verwertung von Bioabfällen unternommen wurden (s. S. 8), ein ernüchterndes Ergebnis.

Ende der Abfalleigenschaft

Der Umweltausschuss sprach sich für die Ermittlung des Endes der Abfalleigenschaft durch ein so genanntes Mitentscheidungsverfahren unter Einbeziehung des Parlamentes aus. Nach dem Vorschlag der EU-Kommission sollte das Ende der Abfalleigenschaft im Ausschussverfahren ermittelt werden, an dem lediglich nur Vertreter der Mitgliedstaaten beteiligt sind. Der Umweltausschuss plädiert für eine fallspezifische Ermittlung zur Beurteilung des Übergangs vom verwerteten Abfall zum Produkt. Nach Inkrafttreten der novellierten Abfallrahmenrichtlinie soll innerhalb von zwei Jahren eine neue Richtlinie mit allgemeinen Umwelt- und Qualitätskriterien erlassen werden. Diese dient dann als Grundlage für die Verabschiedung abfallstromspezifischer Richtlinien. Innerhalb von fünf Jahren soll die EU-Kommission ggf. Richtlinienentwürfe für Kompost, Baustoffe, Altpapier, Altglas, Metalle, Altreifen und Gebrauchtkleidung ausarbeiten.

Workshop für März 2007 geplant

Im Auftrag der Generaldirektion Umwelt arbeitet das „Institute for Prospective Technological Studies (IPTS)“ in Sevilla im Rahmen eines auf zwei Jahre befristeten Projektes an der Ausarbeitung möglicher Kriterien für das Ende der Abfalleigenschaft von Kompost. Vertreter des European Compost Network (ECN) als auch der Bundesgütegemeinschaft Kompost werden an dem für März 2007 geplanten ersten Workshop teilnehmen. Weitere Informationen zu dem Projekt „Ende der Abfalleigenschaft“ finden Sie unter http://ec.europa.eu/environment/waste/pdf/end_of_waste.pdf. (SI)

REACH

Chemikalienverordnung tritt am 1. Juli in Kraft

Die EU-Umweltminister haben die Chemikalienverordnung REACH beschlossen. Damit wird eine mehrjährige Diskussion über die Reform der europäischen Chemikalienpolitik abgeschlossen. Europaparlament, Rat und Kommission hatten sich Anfang Dezember auf einen Kompromisstext geeinigt, der noch vor Jahresschluss angenommen wurde.

REACH steht für Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien (**R**egistration, **E**valuation and **A**uthorisation of **C**hemicals). Künftig werden rund 30.000 Stoffe, die sich auf dem europäischen Markt befinden, bei der neuen Chemikalienagentur in Helsinki registriert. Hersteller und Importeure müssen Maßnahmen für die sichere Verwendung ihrer Stoffe entwickeln und an ihre Abnehmer kommunizieren. Besonders besorgniserregende Stoffe werden einem behördlichen Zulassungsverfahren unterstellt. Die Chemikalienagentur stellt nichtvertrauliche Informationen über Stoffe und ihre Gefahren in einer Internetdatenbank zur Verfügung. Die Verbraucher haben künftig einen Anspruch darauf, zu erfahren, ob Produkte besonders besorgniserregende Stoffe enthalten.

Was fällt unter REACH?

Betroffen von der Verordnung, die am 1. Juni 2007 in Kraft tritt, sind insbesondere die vor

1981 auf den Markt gekommenen Produkte. Von diesen rund 100.000 Stoffen, muss ein knappes Drittel überprüft werden. Alle nach 1981 zugelassenen Chemikalien unterliegen bereits einem Testverfahren.

Abfälle im Sinne der EU-Abfallrahmenrichtlinie haben Parlament und Rat bereits aus dem Anwendungsbereich ausgenommen. Es stellt sich jedoch die Frage, wie Sekundärrohstoffe zu bewerten sind. Solange sie dem Abfallrecht unterliegen, sind diese ebenfalls ausgenommen. Problematisch wird es, wenn im Zuge der Definition des „Endes der Abfalleigenschaft“, Komposte als Produkte anerkannt werden. Der Unterausschuss der EU sprach sich für den Ausschluss von Sekundärrohstoffen oder als Energiequelle genutzten Materialien aus dem Anwendungsbereich der Verordnung aus. Dies wurde jedoch nur als Erwägung in den einführenden Teil des Verordnungsentwurfes übernommen, nicht in den rechtlich verbindlichen Teil. (SI)



Helpdesks sollen die Anwendung der EU Chemikalienverordnung erleichtern

Das künftige EU-Chemikalienrecht REACH überträgt der Industrie neue Pflichten und Verantwortlichkeiten. Dies stellt für alle von REACH betroffenen Unternehmen eine große Herausforderung dar, ganz besonders für kleine und mittlere Unternehmen. Aus diesem Grund werden die Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, nationale Auskunftsstellen einzurichten. Diese so genannten „Helpdesks“ sollen Hersteller, Einführer und Verwender von chemischen Stoffen und sonstige interessierte Kreise mit ausreichenden Informationen über ihre neuen Pflichten und Verantwortlichkeiten versorgen und sie insbesondere bei der Registrierung von Stoffen unterstützen.

Die Europäische Kommission hat dazu eine Studie mit der bedeutungsvollen Bezeichnung Sherper durchgeführt. Sherpas haben im Himalaja vom Beginn des Bergsteigerwesens an Ortsfremde sicher durch schwierigste Bergregionen geführt. Auch von Helpdesks wird erwartet, dass sie die betroffenen Firmen sicher leiten. Denn REACH wird nur dann erfolgreich sein, wenn jeder Betroffene weiß, was er zu tun hat. Dazu bedarf es einer guten Kommunikation: Die Kommunikationswege müssen schnell und effizient sein; die Art und Weise der kommunizierten Antworten muss die Bedürfnisse der Fragenden richtig adressieren. Die Erwartungen an die künftigen Helpdesks sind daher sehr hoch.

Die Europäische Kommission wird die Ergebnisse ihrer Helpdesk-Studie einem breiten Publikum auf einer Veranstaltung am 14. Februar 2007 in Berlin vorstellen. Die Teilnahme an dem Workshop, der im Rahmen des deutschen Ratspräsidentschaftsprogramms stattfindet, ist frei. Weitere Informationen zu der Veranstaltung finden Sie unter http://ec.europa.eu/enterprise/reach/helpdesks_en.htm. (SI)

RAL-Gütezeichen Kompost: Ein Beitrag zum aktiven Verbraucherschutz



Prüfsiegel, Warenkennzeichen, Signets – wie kann sich der Verbraucher bei der Vielzahl solcher Zeichen orientieren? Häufig handelt es sich um Pseudoqualitätszeichen, hinter denen sich nicht das verbirgt, was der Verbraucher erwartet. Auf der internationalen Grünen Woche in Berlin informieren die Gütegemeinschaft Berlin/ Brandenburg/Sachsen-Anhalt und die Bundesgütegemeinschaft Kompost rund um die Themen der RAL Gütesicherung Kompost auf dem „Erlebnisbauernhof“.

Auf einer Fläche von 6000 Quadratmetern stellen die Initiatoren des Erlebnisbauernhofes – der Deutsche Bauernverband (DBV), die Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) und die Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft (FNL) – gemeinsam mit über 50 Ausstellern Wissenswertes über land- und ernährungswirtschaftliche Produktionsketten, Qualitätssicherung, artgemäße Tierhaltung, Pflanzenschutz, Ernährung bis hin zum Urlaub auf dem Bauernhof vor. Neben sachlicher Aufklärung kommen beim Erleben von Tier und Pflanze, auch Spiel und Spaß nicht zu kurz, wodurch der „Bauernhof“ ein Publikumsmagnet auf der Messe sein wird.

RAL steht für unabhängige Kontrolle

In diesem Umfeld informieren die Gütegemeinschaft Berlin/Brandenburg/Sachsen-Anhalt (BBS) und die Bundesgütegemeinschaft Kompost (BGK) über die RAL Gütesicherung von Kompost als eine wichtige Maßnahme des aktiven Verbraucherschutzes. Nur das RAL, das Deutsche Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung e.V. - gegründet 1925 - darf in Deutschland Gütezeichen vergeben. Bekanntestes Beispiel sind die RAL Farbmuster für eindeutige Farbgebung seit nunmehr 75 Jahren. Heute gibt es über 140 RAL-

Gütezeichen für unterschiedlichste Warengruppen. Bei der Warengruppe Kompost wurde die BGK für die Durchführung der Gütesicherung anerkannt.

Gütezeichen Kompost garantiert gleichbleibende Qualität

Das umfassende Überwachungssystem – die BGK verwaltet mehr als 33.000 Analysen – schließt die Schulung von unabhängigen Probennehmern und das Anerkennungsverfahren von Prüflaboren (Ringversuche) mit ein. Ahndungsmaßnahmen bei Verstößen gegen die vielfältigen Qualitätskriterien werden vom Güteausschuss ausgesprochen und von der BGK umgesetzt. Der Güteausschuss setzt sich aus Vertretern der Forschung, Behörden, Laboren, Anwendern und Herstellern zusammen. Rund 70 % der am Markt erhältlichen Kompostprodukte unterliegen der RAL Gütesicherung.

Viel Interessantes über die Kompostierung, die positive Wirkung von Kompost auf die Bodenfruchtbarkeit, seine Anwendung und – was vor allem die jungen Besucher der Messe interessieren dürfte – die Kompostbewohner, kann man auf dem Messestand 101 in der Halle 3.2 erfahren und erleben.

Mehr Informationen zu den Inhalten und zum Programm des Erlebnisbauernhofes unter: www.fnl-erlebnisbauernhof.de (LN).



Ankündigung

Fachveranstaltung zur Bioabfallbehandlung und -verwertung der Gütegemeinschaft Kompost BBS e.V.
Ort: ICC; Salon Lilienthal
Datum: 26.01.2007
Zeit: 10:00 - 13:00 Uhr



Aus- und Weiterbildung Biogas macht Schule

Der Biogasmarkt in Deutschland ist in den letzten Jahren enorm gewachsen. Zum Ende des Jahres 2006 gibt es ca. 3.500 Biogasanlagen mit einer installierten elektrischen Leistung von 1.100 Megawatt. Die Anlagen werden dabei immer komplexer und größer. Die Biogasanlage ist oft die größte Investition, die ein landwirtschaftlicher Betrieb je getätigt hat. Schon bei den Vorüberlegungen benötigt der zukünftige Betreiber detaillierte Fachkenntnisse um gemeinsam mit dem Anlagenhersteller eine optimal auf den Betrieb abgestimmte Biogasanlage planen zu können.

Der Fachverband Biogas e.V. hat daher die Initiative ergriffen und gemeinsam mit dem Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e.V. (KTBL) ein Konzept zur Entwicklung eines bundeseinheitlichen Schulungssystems erarbeitet. Dieses Konzept kann nun durch die von der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR) gewährte Projektförderung umgesetzt werden. Wesentliches Ziel ist es, erstmals eine bundesweit anerkannte und abgestimmte Qualifizierung für Betreiber von Biogasanlagen zu entwi-

ckeln und durchzuführen. Hierzu werden Rahmenlehrpläne, Schulungsunterlagen (Folien, Übungsaufgaben, Arbeitsblätter usw.), ein didaktischer Leitfaden, ein Lernzielkatalog und ein Prüfungskonzept durch die Projektbearbeitung in abgestimmter Form erarbeitet.

Ziel des Schulungskonzeptes ist es, Anlagenbetreibern und -führern alle relevanten Informationen von der Planung bis zum optimierten Betrieb der Biogasanlagen zu vermitteln. Zur zielgruppenorientierten Durchführung wurden vier Schulungsmodulare entwickelt, die getrennt voneinander besucht werden können:

- Modul Biologie
- Modul Technik/Sicherheit
- Modul Recht
- Modul Ökonomie

Vorgesehen sind für die Monate Februar und März 2007 insgesamt 21 Schulungstermine. Informationen zur Schulung finden Sie auch im Internet unter www.biogas-training.de. (KI)

DWA-M 376

Sicherheitsregeln für Biogasspeicher mit Membrandichtung

Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) hat jetzt ein Merkblatt für die Sicherheit von Biogasspeichern mit Membrandichtungen herausgegeben.

Das Merkblatt DWA-M 376 formuliert Mindestanforderungen sowohl für die technischen Sicherheitseinrichtungen als auch für den Betrieb oberirdisch aufgestellter, freistehender Biogasspeicher mit Membrandichtung, unabhängig davon, ob diese im wasser-, abfall- oder landwirtschaftlichen Bereich betrieben werden. Ziel ist es, mögliche Gefahren, die von einem Biogasbehälter für seine Umgebung und insbesondere für das Betriebspersonal ausgehen können zu vermeiden. Im Mittelpunkt steht die Definition von Sicherheitsgrundsätzen zur Vermeidung von Brand- und Exp-

losionsgefährdungen, die entsprechend den heutigen gesetzlichen Regelungen und nach dem aktuellen Kenntnisstand ein ausreichendes Sicherheitsniveau gewährleisten. Neben den technischen Anforderungen an die sicherheitstechnische Ausrüstung der Anlagen werden auch betriebliche und organisatorische Anforderungen beschrieben. Dabei geben Hinweise zur In- und Außerbetriebnahme, zum Umfang turnusmäßiger Prüfungen sowie zur Durchführung von Dichtheitsprüfungen dem Praktiker klare Hilfestellungen. Das Merkblatt DWA-M 376 (ISBN 3-939057-47-9) kann über die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V., Theodor-Heuss-Allee 17, 53773 Hennef, Tel. 02242/872-333, Fax: 02242/872-100, E-Mail: kundenzentrum@dwa.de, Internet: www.dwa.de bestellt werden. (SI)



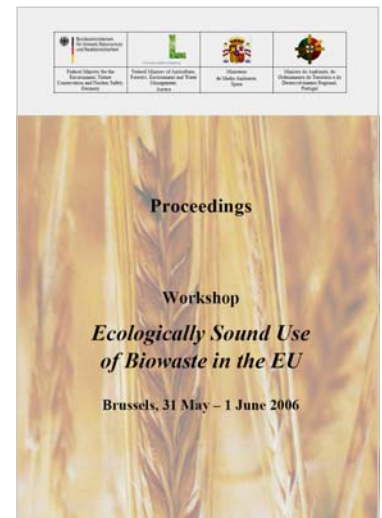
BMU Qualitätskomposte europaweit absichern

Das Bundesumweltministerium setzt seine Bemühungen für eine europaweite EU-Bioabfallrichtlinie auch im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft fort. Der Bericht über die europäische Fachtagung zu Bioabfall, die am 31.5. und 1.6.2006 in Brüssel stattfand, liegt jetzt vor.

Komposte und Gärrückstände aus getrennt erfassten Bioabfällen haben unter ökologischen Aspekten handfeste Vorteile. In europäischem Maßstab gewinnen sie allerdings erst allmählich in größerem Umfang an Bedeutung. Die Verwertung "sortenrein" erfasster Bioabfälle trifft nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich, den Niederlanden und Belgien auf Befürworter, sondern verstärkt auch in südlichen und östlichen EG-Mitgliedstaaten, wie z.B. Italien, Spanien, Tschechien und in Ungarn, wo ein mehr oder weniger flächendeckendes Netz an Kompostanlagen im Aufbau ist. Damit setzt sich in mehreren Mitgliedstaaten die Erkenntnis durch, dass eine Verwertung biologisch abbaubarer Materialien ökologisch und in der Regel auch ökonomisch sinnvoll ist. Vor diesem Hintergrund zielt die Initiative der vier Mitgliedstaaten Spanien, Portugal, Österreich und Deutschland gegenüber der EU-Kommission und den übrigen Mitgliedstaaten vom Frühjahr, zur Erarbeitung einer europäischen Bioabfallrichtlinie, in die richtige Richtung. Um den

Gedanken der Getrennterfassung von Bioabfällen und deren Einsatz als Bioabfallkompost oder Gärrückstand mit den anderen Mitgliedstaaten zu diskutieren, haben die Initiatoren am 31. Mai und 1. Juni 2006 in Brüssel eine Fachveranstaltung

mit Vertretern der Mitgliedstaaten und den relevanten Kommunal- und Wirtschaftsverbänden sowie unter Beteiligung zahlreicher Wissenschaftler durchgeführt. An dem Workshop nahmen insgesamt rund 150 Personen, darunter Vertreter aus 20 Mitgliedstaaten, mehrere Vertreter der EU-Kommission und Vertreter/-innen der relevanten Umwelt- und Entsorgungsverbände auf europäischer und nationaler Ebene teil. Der Bericht kann über das BMU, Referat WA II 4 als CD bezogen werden oder auf der BMU-Homepage unter www.bmu.de heruntergeladen werden. (SI)



I. Fachtagung Biogas

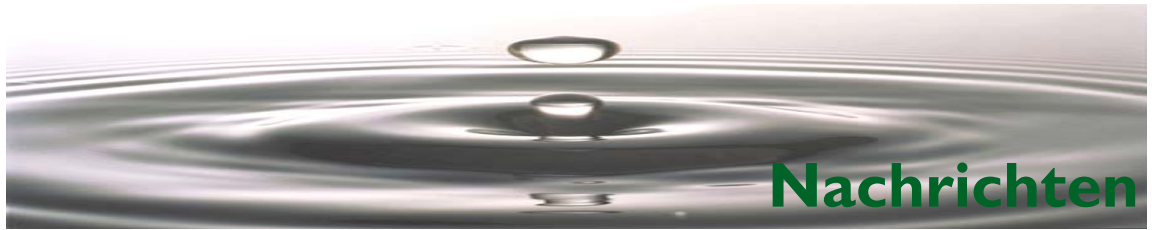
Tagungsunterlagen vom 29. I I. 2006 jetzt verfügbar

Das I. Fachgespräch ist die Auftaktveranstaltung für eine umfangreiche Veranstaltungsserie der Biogasunion. Die Serie steht unter dem Motto „Von Betreibern für Betreiber“ und dient dem regelmäßigen Erfahrungsaustausch zu Betreiberproblemen. Die erste Veranstaltung wurde unter Mitwirkung der Arbeitsgruppe Biogas beim Thüringischen Bauernverband in Erfurt durchgeführt.

Nach den einführenden Worten des Vorsitzenden der Biogasunion Holger Lüdtkke wurde zu folgenden Themen referiert und ausführlich diskutiert:

- Stand der Biogasanlagen in Thüringen
- Aktuelle rechtliche Rahmenbedingungen für Biogasanlagenbetreiber und geplante RAL-Gütesicherung für NawaRo-Gärprodukte
- Probleme beim Anfahren einer 4 MW Monovergärung von Mais unter besonderer Beachtung der Nährstoffversorgung
- Clostridien – Freund oder Feind im Gärprodukt?
- Neuerungen in den Sicherheitsregeln für landwirtschaftliche Biogasanlagen
- Gestaltungsräume in der Anlagenprojektierung bei Genehmigungsverfahren für Biogasanlagen im EEG

Die Tagungsunterlagen mit den Vorträgen können bei der Biogasunion e.V. im Internet unter www.biogasunion.de für 20 Euro zzgl. MwSt und Versand bestellt werden. (KI)



EU Grundwasserrichtlinie

Das Europäische Parlament hat dem im Vermittlungsverfahren ausgearbeiteten Kompromiss der EU Grundwasserrichtlinie zugestimmt. Ein Liter Grundwasser darf künftig nicht mehr als 0,1 mg eines Pestizidwirkstoffes und höchstens 0,5 mg an Pestizidwirkstoffen insgesamt enthalten. Die EU-Mitgliedstaaten müssen für neun weitere Stoffe – Sulfat, Ammonium, Cadmium, Arsen, Blei, Quecksilber, Chlorid, Tri- und Tetrachloräthylen – sowie für die Leitfähigkeit des Grundwassers bis 2008 nationale Grenzwerte festlegen. Ferner müssen die EU-Länder Maßnahmen ergreifen, um die Einleitung von Schadstoffen in das Grundwasser zu vermeiden. In den Geltungsbereich der Richtlinie fallen auch Nitratinleitungen aus landwirtschaftlichen Quellen. Landwirte sind künftig verpflichtet, beim Erreichen von 75 % des Grenzwertes von 50 mg/l Nitrat (d. h. bei 37,5 mg/l) Maßnahmen zur Trendumkehr einzuleiten. Die Umsetzung der Grundwasserrichtlinie in nationales Recht muss innerhalb von zwei Jahren erfolgen. (SI)

Frankreich setzt auf Eigenkompostierung

Mit der Ausarbeitung eines nationalen Aktionsplans will das französische Umweltministerium die Bevölkerung dazu anregen ihre Bioabfälle selbst zu kompostieren. Innerhalb von fünf Jahren sollen mehr als eine Million zusätzlicher Haushalte für die Eigenkompostierung gewonnen werden. Dafür stellt das Ministerium jährlich 100.000 Komposter bereit. Im Durchschnitt produziert jeder Franzose jährlich 360 kg Hausmüll, wovon derzeit 290 kg deponiert bzw. verbrannt werden. Durch die Kompostierung im eigenen Haushalt könnte diese Menge um bis zu 70 kg reduziert werden. Im Rahmen des Aktionsplans stellt die Regierung 1,7 Millionen Euro für Forschung, Öffentlichkeitsarbeit und Beratungsleistungen zur Verfügung. (SI)

SNOWMAN fördert europäische Bodenschutzforschung

Die Bodenschutzforschung in Europa geht neue Wege. Am 1. Dezember 2006 startete das Netzwerk SNOWMAN eine gemeinsame Ausschreibung von den folgenden sieben Mitgliedstaaten der Europäischen Union: Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Österreich, das Vereinigte Königreich und Schweden sowie die Region Flandern (Belgien). Das Neue daran: Die Partner teilen sich ihre finanziellen Beiträge für die Forschung, profitieren jedoch gemeinsam von den Ergebnissen. SNOWMAN steht als englische Ab-

kürzung für das Projekt: "Nachhaltiges Management von durch Bodenverschmutzung und Kontamination bedrohten Böden und deren Grundwasser." Das Umweltbundesamt (UBA) vertritt - in Zusammenarbeit mit dem Projektträger Jülich - die Interessen Deutschlands. Kernthemen sind die Kontamination der Böden und des Grundwassers. Forschungseinrichtungen und andere Organisationen, die sich beteiligen möchten, finden die Ausschreibungsunterlagen im Internet unter www.snowman-era.net. Die Bewerbungsfrist endet am 28. Februar 2007. Die Koordination der Ausschreibung übernimmt ein UBA-Sekretariat. Für die erste Ausschreibung stehen dem Projekt insgesamt 700.000 Euro zur Verfügung. Nähere Informationen gibt es bei Arnd Wieland, SNOWMAN-Sekretariat im UBA, Telefon: 0340 2103 3026, Email: arnd.wieland@uba.de (Quelle: europaticker; SI)

EU Wissenschaftsportal für Umwelt

Die Generaldirektion Umwelt hat ein Nachrichtenportal für die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen im Bereich Umwelt eingerichtet. Die dort eingestellten Forschungsergebnisse sind journalistisch aufgearbeitet und sollen dazu dienen einen größeren Leserkreis anzusprechen. Die Registrierung ist kostenfrei. Das Portal finden Sie unter http://ec.europa.eu/environment/integration/research_alert_en.htm. (SI)

Podsol - Boden des Jahres 2007

Am 01. Dezember 2006 fand in der Landesvertretung Niedersachsens in Berlin die Präsentation des Bodens des Jahres 2007 statt. Auserkoren wurde der Podsol. Stärkste Verbreitung findet der Podsol unter den Heidevegetationsflächen in der norddeutschen Tiefebene und in Mittelgebirgen. Der Podsol zählt zu den farbenprächtigsten Böden, da er aufgrund seiner Genese deutliche Farbunterschiede in seiner Horizontierung aufweist. Podsole entwickeln sich auf Standorten mit nährstoffarmen Ausgangsgesteinen (Sandstein, Granit, Flugsand usw.) bei hohen Niederschlägen und hoher relativer Luftfeuchtigkeit und verhältnismäßig geringen Jahresmitteltemperaturen. Podsole gelten aufgrund ihrer guten Wasserdurchlässigkeit als trockene und leicht zu bearbeitende Böden. Weitere Infos unter www.bodenwelten.de. (SI)



Veranstaltungen

19.-28.01.2006, Berlin

Internationale Grüne Woche Berlin

Ausstellung für Ernährungswirtschaft, Landwirtschaft und Gartenbau. Die Gütegemeinschaft Kompost ist Mitaussteller auf dem Erlebnisbauernhof in Halle 3.2 Stand 101
Info: www.gruenewoche.de

20.-24.01.2007, Orlando

US Composting Council

Jahreskonferenz und Messe der amerikanischen Kompostwirtschaft
Info: www.compostingcouncil.org

23.-24.01.2007, Duisburg

Qualitätsprodukte: Kompost und Gärreste

Fachseminar des BEV
Info: www.bew.de

24.-25.01.2007, Berlin

CLEAN ENERGY POWER® 2007

Innovations-Kongress und Ausstellung für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz Bauen und Sanieren.
Info: www.energie-server.de

26.01.2007, Berlin

Bioabfallbehandlung und -Verwertung

Fachvortragsreihe der Gütegemeinschaft Kompost Berlin/Brandenburg/Sachsen-Anhalt
Info: GGK BBS, Tel.: 03377 332573

25.-28.01.2007, Essen

IPM

Internationale Pflanzenmesse
Info: www.ipm-messe.de

31.01.-02.02.2007, Leipzig

Biogas im Wandel

16. Jahrestagung des Fachverbandes Biogas e.V.
Info: www.biogas.org

15.-18.02.2007, Nürnberg

Biofach 2007

Weltleitmesse für Bioprodukte
Info: www.biofach.de

05.-07.02.2007, Münster

10. Münsteraner Abfalltage

Informations- und Diskussionsforum zu abfallwirtschaftlichen Fragestellungen
Info: www.abfallwirtschaftstage.de

19.-20.02.2007, Dublin

Die nachhaltige Verwertung von Biomasse – über den Boden oder als erneuerbare Energie?

Veranstaltung des Irischen Kompostverbandes (Cré) und des European Compost Network zur Behandlung von biologisch abbaubaren Abfällen
Info: www.cre.ie/dublin2007

16.-19.04.2007, Wien

2nd BOKU Waste Conference

Internationale Abfall- und Bodenkulturtagung der Universität für Bodenkultur und Angewandte Forschung in Wien.
Info: www.waste-conference.boku.ac.at

24.-26.04.2007, Kassel

19. Kasseler Abfall- und Bioenergieforum

Info: www.abfallforum.de

IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesgütegemeinschaft Kompost e.V.

Redaktion

Dr. Bertram Kehres (KE) (v.i.S.d.P.)
Dr. Stefanie Siebert (SI)

Mitarbeit

Dipl.-Ing. Agr. Karin Luyten-Naujoks (LN), Dipl.-Ing. Agr. Maria Thelen-Jüngling (TJ), Dipl.-Geogr. Susanne Weyers (WE), Doris Gladzinski (GL), Dr. Andreas Kirsch (KI)

Fotos

Deutscher Bundestag, Berlin
Europäische Kommission, Brüssel
Fachverband Biogas e.V., Freising
Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft e.V., Bonn
G.-H. Oed, Bundesministerium für Umwelt, Bonn
Picture-Alliance, c/o Deutscher Bundestag, Berlin
Stefanie Siebert, Bochum

Anschrift

Bundesgütegemeinschaft Kompost e.V.
Von-der-Wettern-Straße 25
51149 Köln-Gremberghoven
Tel.: 02203/35837-0
Fax: 02203/35837-12
eMail: huk@kompost.de
Internet: www.kompost.de

Ausgabe

2. Jahrgang 01/07
16.01.2007